

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1907

198 (27.8.1907)

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 70 Pfg., durch den Briefträger ins Haus gebracht 70 Pfg. vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 Uhr.

Nr. 198.

Karlsruhe, Dienstag den 27. August 1907.

27. Jahrgang.

Einen großen Triumph

Der Stuttgarter Kongress für die sozialistische Internationale, welcher Fortschritt seit dem Jahre 1889, wo sich die Vertreter der neuen internationalen Sozialdemokratie in Paris zusammenschloß, hat sich über die alle ihm in den Weg gekommenen Hindernisse hinweg. Die Zeit, wo die internationalen Kongresse mehr Demonstrationen für gewaltigen Massenkampf des internationalen Proletariats waren, liegt hinter uns. Der Stuttgarter Kongress hat bedeutungsvolle positive Resultate erzielt. Es waren ebenso komplizierte als bedeutungsvolle Probleme, über die in Stuttgart lange lang heisse Kämpfe ausgefochten wurden. Mit welcher tiefen Gründlichkeit haben die Vertreter der Proletarier von 25 Nationen diese Fragen erörtert. Das soll uns eine andere Partei noch nachmachen.

Zwei Fragen waren es, die in ganz besonderem Maße unsere Aufmerksamkeit beanspruchten. Die eine war die Kolonialpolitik und die Frage des Militarismus und der internationalen Konflikte. Ob die Resolution des Stuttgarter Kongresses in Bezug auf die Kolonialpolitik das richtige getroffen hat, bleibe dahingestellt. Wir sind dem Standpunkt der Kommission zustimmend. Das Proletariat kann auch in dieser Frage nicht in der Negation verharren. Auch die Kolonialpolitik ändert ihr Gesicht in demselben Maße, in welchem der Massenkampf das seine zu verändern gezwungen ist. Gewiß hat heute die Kolonialpolitik einen durchaus imperialistischen Charakter. Aber wer kann uns denn beweisen, daß das immer so ist und immer so bleiben muß? Ist nicht hat der holländische Genosse van Kolman, daß man auch eine demokratische Kolonialpolitik treiben kann. Die Kolonialpolitik ist um so näher, je größer der politische, wirtschaftliche und parlamentarische Einfluß des Proletariats wird.

So lange die Kapitalisten allein den Zweck der Kolonialpolitik bestimmen, werden wir eine imperialistische, imperialistische Kolonialpolitik haben, gegen die wir den härtesten Kampf zu führen haben. Unsere Stellung muß aber naturgemäß eine andere werden, sobald auch wir darüber mitbestimmen haben, wie und zu welchem Zwecke Kolonialpolitik getrieben wird. Die Kolonien können nicht der Infanterie überlassen bleiben. Sollen sie der Kultur erschlossen werden, so müssen die Entwicklung durch den Kapitalismus hindurchgemacht werden. Auch in den Kolonien schlägt die Entwicklung keine Kurzeckwege. Das Vertrauen gewinnt man nur durch eine aktive Politik. So wenig der kapitalistische Klassenkampf durch die Negation überwunden wird, so wenig auch die imperialistische Kolonialpolitik. Auch die Kolonialfragen darf man nicht auf den Zusammenbruch des Kapitalismus spekulieren.

entworfenen Kampf, den wir gegen den Militarismus zu führen haben. Wie in so mancher anderen Frage steht auch in dieser der absolute Uebereinstimmung hinsichtlich des Zieles, die Verschiedenartigkeit des Kampfes an sich in den verschiedenen Ländern entgegen. Man kann bei allen diesen Problemen nicht im Voraus ein für alle Völker und alle Verhältnisse fest umgrenztes Aktionsprogramm aufstellen. Die historische Entwicklung ist in den verschiedenen Ländern nicht dieselbe und was in dem einen Lande von Nutzen sein kann, könnte in einem andern Lande unberechenbaren Schaden verursachen.

Die vom Stuttgarter Kongress über diese Frage beschlossene Resolution legt das Proletariat in seinen Aktionen gegen den Militarismus und gegen den Krieg nicht fest, es schließt aber auch keine bestimmte Aktion aus. In ihr kommt der feste Wille des Proletariats zum Ausdruck, mit der ganzen ihm zur Verfügung stehenden Macht den Kampf gegen den Militarismus zu führen und den Krieg so weit als überhaupt möglich zu verhindern. Der Friede läßt sich nur garantieren, wenn das Proletariat in allen Ländern die Macht besitzt, Kriege zu verhindern. Jedes Stück Macht, von welchem das Proletariat Besitz ergreift, bedeutet einen großen Schritt näher zum garantierten internationalen Völkervertriede. Der Militarismus verliert an Macht in demselben Maße, in welchem das Proletariat solche gewinnt. Wir können den Kampf gegen den Militarismus nicht wie Herdö gemeint hat, uniformieren, wohl aber in bewußten klaren Zusammenhang bringen. Und das hat der Stuttgarter internationale Sozialistenkongress getan. Mehr konnte er in dieser Frage nicht tun.

Die sonstigen Beschlüsse des Kongresses treten zwar an Wichtigkeit hinter den beiden hier kurz behandelten zurück, haben aber nicht desto weniger ebenfalls eine große Bedeutung für den Befreiungskampf des internationalen Proletariats. In der Frage des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaft wurde ein nahezu einstimmiges Resultat erzielt. Wenn Frankreich hier eine abweichende Stellung eingenommen hat, so nur, weil die französische Gewerkschaftsbewegung hinter der anderen Staaten noch weit zurückgeblieben ist. Je fester sich auch die französischen Gewerkschaften zusammenschließen, umso mehr verwindet auch in Frankreich das Gespenst des Anarchismus. Es wird eine der schwierigsten Aufgaben unserer französischen Bruderpartei sein, ein Verhältnis zu den Gewerkschaften herbeizuführen, durch welches ein erfolgreiches Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft auch in Frankreich zur Wirklichkeit wird.

Badische Politik.

Die bürgerliche Schmalzein

läßt der Mannheimer Generalanzeiger ertönen, um die Linksliberalen auf den nationalliberalen Reim zu locken. Natürlich schimpft das Mannheimer „Intelligenzblatt“ dabei weidlich auf die Sozialdemokratie. Die Linksliberalen werden förmlich beschwört, den liberalen Bloch nicht aus dem Reim gehen zu lassen.

Der badische Nationalliberalismus, weniger pleite als die Sozialdemokratie phantasiert, wirbt nicht zu fruchtlich um die Kunst der Linken, so möchten wir nicht verstanden sein, er wird, im Stiche gelassen, allein den schmerzlichen Kampf gegen die dann unfehlbar hereinbrechende Reaktion durchschreiten. Er appelliert aber an das politische Gewissen und die politische Vernunft der bürgerlichen Linken, die sie davor bewahren werden, den Lockungen des Zentrums und der Sozialdemokratie zu folgen, um der preussischen Wahlreform willen den liberalen Bloch zu sprengen, den einzigen Garant für eine Fortführung liberaler Politik in Baden, für die Abwehr durchaus undemokratischer Reaktionen.

Der Mannheimer Generalanzeiger verwechselt hier die Rollen. Weder die Sozialdemokratie noch das Zentrum wollen die Linksliberalen von den Nationalliberalen „hinweglocken“. Wir würden wirklich nicht, welche Ursache wir dazu hätten, die Linksliberalen müssen selbst am besten wissen, was sie zu tun haben. Und daß die Lockungen der nationalliberalen Presse bei den Demokraten bis jetzt nicht verfangen haben, das geht aus der Stellung des Bad. Landesboten zur preussischen Wahlrechtsfrage hervor. Das demokratische Blatt stellt sich auf den Standpunkt der nationalliberalen Presse so sehr verpöten, daß es den nationalliberalen Reim so sehr verpöten, daß es den Standpunkt Naumanns. So drückt der Bad. Landesbote, gestützt die folgenden Auslassungen der Berliner Volkszeitung zuzufinden ab:

Deutsche Politik.

Parlamentarische Kolonialreisen.

Nach den Berliner Neuesten Nachrichten soll in der Kolonialverwaltung die Absicht bestehen, für Reisen der Parlamentsmitglieder in die Kolonien eine Summe in den Etat einzustellen. Für diesen Fall seien folgende Gesichtspunkte auszulagern: Von den früheren Reisen in die Schutzgebiete schloß sich das Zentrum aus mit der Begründung, daß man dadurch in eine gewisse Abhängigkeit von Meiderode käme, die die freie Fahrt gewährten. Um nun solchen Einfluß künftig zu beseitigen, sollen die Reisen auf Kosten des Reiches gemacht werden. Wenn nun aber auch Sozialdemokraten von der Reichsregierung Gebrauch machen und mehr sehen, als sie sehen sollten? Wir hoffen, daß die Neuerung deswegen nicht unterlassen wird!

Ein Polizei-Assistentin.

Aus Mainz wird gemeldet: Namens der sozialdemokratischen Fraktion hat der Stadtverordnete Abelung bei der Bürgermeisterei folgenden Antrag eingebracht: Die Stadtverordneten mögen beschließen, die Bürgermeisterei zu ersuchen, eine Polizei-Assistentin anzustellen, die vornehmlich mit der Reinhaltung der weiblichen Inhaftierten und der Fürsorge für sie beauftragt wird, und die auch in Fragen sittenpolizeilicher Arbeit bei behördlichen Entscheidungen zu Rate zu ziehen ist. Die Polizei-Assistentin soll eine ausschließlich fürsorgende Tätigkeit entfalten.

Das ist nicht möglich.

Betrachten Sie das Terrain, Herr Assessor, ob er nun ein freiwilliger oder unfreiwilliger war, kann nur an jener Stelle des Berges gesehen sein, wo die den Rand einsenkenden, mit allerlei Unterholz zu einem förmlichen Dickicht verwachsenen jungen Tannen die Passage gestatten. Und das ist dort, wo sich die Rinde, die einige auf hundert Meter Ausdehnung, befindet. Wenden Sie hin — die Rinde findet sich etwa zehn Meter über jenem ausgebehten Aufschwergel, jeder größeren Gegenstand, welcher durch sie herabfällt oder herabgestürzt wird, muß notwendigerweise durch daselbe aufgehalten werden.

sofern haben die Linksliberalen einen Triumph von nicht zu unterschätzender Bedeutung in Baden.

Die preussische Wahlrechtsfrage bietet für den deutschen Liberalismus die letzte Gelegenheit, eine historische Tat zu vollbringen. Ist er dazu unfähig, dann ist mit ihm für alle Zeiten vorbei.

Warum die Kilometerhefte abgeschafft wurden, das plaudert jetzt ein Eingeweihter in einem längeren Artikel der Straßburger Post aus. Es war nicht nur die „Tarif-Reform“, die den Anlaß zur Beseitigung dieser im ganzen Lande und bei allen Reisenden beliebten Einrichtungen. Was unseren „Nachwärrern“ vor allem Anlaß zur Abschaffung des Kilometerheftes gab, das war die Zunahme des Schnellzugverkehrs. Diese habe zu kostspieligen Neuerrichtungen Anlaß gegeben, die die Rentabilität der Bahnen in Frage stellten; der Schnellzugverkehr sollte deshalb also veräuert werden, um ihn wieder auf ein geringeres Maß zurückzuführen.

Diese Auffassung ist zwar von volkswirtschaftlichem Standpunkt aus einfach verriecht, aber was fragen danach die Eisenbahn-Fachmänner. Man denke sich diesen Standpunkt auf unser Schienenwesen übertragen und man kann sich ohne weiteres die geradezu blühmigen Konsequenzen daraus ohne viel Mühe vorstellen. Als ob es nicht geradezu die Aufgabe einer Staatsbahnenverwaltung wäre, den Reisenden so viel Zeit als nur irgend möglich zu ersparen. Zeit ist Geld, freilich nicht für unsere Eisenbahnbureaucratie, die sich zu allem sehr viel Zeit läßt und zur Erbauung eines Kleinbahnhofs heute ebenso viel Jahre braucht, als man vor 50 Jahren nötig hatte, um eine Bahnanlage mit 100 und mehr Kilometern samt allen Anlagen zu erstellen. Wenn es überhaupt noch eines Beweises für die absolute volkswirtschaftliche Unkenntnis unserer Eisenbahnbureaucratie bedürft hätte, so wäre es mit diesem „Argument“ gegen das Kilometerheft erbracht worden.

„Sich entscheiden“ wendet sich der Artikelsschreiber der Straßburger Post gegen die Einführung der 4. Wagenklasse. Ob es etwas helfen wird, ist allerdings fraglich. Die Abgeordneten, die bei der Tarifreform in Frage fallen sind, sind auch für die 4. Wagenklasse-Einführung zu haben.

„Nur fragen“ der Taktik ist beinahe so schwer zu streiten, wie über Fragen des Geschmacks, denn sie sind sehr häufig Temperamentsfragen. Wer dazu neigt, gemächlich am Ofen zu sitzen und die wacklige Postkutsche abzuwarten, dem wird man nicht beibringen können, daß er mit einem frühen Dauernachschneider und sicherer als Ziel gelangen würde. Aber ist die Behauptung nicht eigenmächtig sonderbar, daß man möglichst wenig fordern müsse, um viel zu erhalten, und könnte man sich bei so viel Bescheidenheit darüber wundern, wenn der Liberalismus aus fernherhin keine seiner berechtigten Forderungen durchsetzen sollte? Bedeutet es nicht geradezu ein politisches Vari-Tri, wenn man der Regierung begünstigt zuruft: „Gibt nur vor uns keine Angst! Wir werden euch mit Forderungen nicht lästig fallen!“ Und glaubt man, das Publikum für den Liberalismus zu gewinnen, wenn man, statt nach den „wilden Gängen zu Pferd“ zu fragen, sich mit dem gemüthlichen Einfangen der zahmen Hofgänse begnügt? Der Liberalismus in Deutschland sollte von den anderen Parteien lernen, und besonders von den Agrariern, die nicht an Genügsamkeit zu tranken pflegen.

Die Demokraten wollen demnach von der „politischen Vernunft“ der Nationalliberalen nichts wissen und sie haben recht. Es wäre politische Selbstmord, wenn sie auf den nationalliberalen Hofpopsulz hereinfielen. Doch die Nationalliberalen pleite sind, wenn der Bloch aus dem Reim geht, ist für jeden, der die politischen Verhältnisse Badens kennt, unzweifelhaft. Geht der Bloch aus dem Reim, so die nationalliberale Partei ebenfalls. In-

erhalten hat als auch von der Höhe des Berges abgestürzt worden ist.“

„Wie erklären Sie sich aber die Auffindung des Leichnams gerade an dieser verborgenen, von oben absolut nicht sichtbaren Stelle? Wie hätte ihn der Mörder hierhergeschaffen bemerkt? Denn auch ihm stand nur die Rinde oben zur Verfügung, folglich konnte auch er ihn nur so herabbesördern, daß er bis zu dem von Ihnen erwähnten Aufschwergel kam. Oder halten Sie es für denkbar, daß der Mörder ihn nach einer ganz anderen, zum Abstieg geeigneteren Stelle transportiert und von unten nach diesem Orte geschleift habe?“

„Dazu würde die Kraft eines Menschen so wenig ausreichen, als es ihm möglich wäre, einen so schweren Gegenstand über die hohe Gebüschhinführung des Bergweges hinwegzuschleppen.“

„Und wenn mehrere beteiligt waren?“

„Auch dann widerspricht der Befund der Verletzungen Ihrer Ansicht. Nein, nein, der Mord ist sicherlich oben auf dem einsamen Wege von L nach G, erfolgt, und dann erst die Leiche unter Benützung der jäh abfallenden Schlucht befördert worden. Von dem Aufschwergel, das den Unglücklichen, wenn er, am Rande der Föhrenwand stehend, den Schutz auf seine Brust abgewandt und sich dann herabgestürzt hätte, aufgehalten haben müßte, führt ein schmaler Streifen freien, von Geröll und vereinzelten Gebüsch bedeckten Raumes fast senkrecht bis zu dem Gebüsch herab, hinter dem der Körper gefunden wurde. Es muß also notwendig jemanden gegeben haben, der den Leichnam bis zu dem Aufschwergel beförderte und dann um daselbe herum den Abhang vollends hinabwarf.“

„Ja, ja, erklärte tieffinnig der Assessor.“

„Also hat sich der Mörder — oder vielleicht sind es mehrere gewesen — trotz der Steilheit des Abhanges einige Schritte heruntergewagt und die Leiche nach sich gezogen. Von dem Aufschwergel aus, an dem er Halt fand, hat er sie dann weiter geschoben, um sie auf diese Weise an einen Ort zu befördern, wo sie sich den Augen der Passanten verborg.“

„Aber er selbst riskierte seinen Hals dabei,“ warf der Assessor ein.

Der Gerichtsarzt zuckte die Achseln.

(Fortsetzung folgt.)

Durch wessen Hand.

Kriminalroman von Friedrich Thieme.

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Dies Nachricht von der Auffindung des Selbstmörders sammelte bald eine im Verhältnis zur Einwohnerzahl der kleinen Stadt bedeutende Menschenmenge an der Stelle des traurigen Ereignisses. Zu den ersten, welche anlangten, gehörten der Bürgermeister und der Polizeikommissar des Ortes, beide angelegentlich bemüht, den status quo aufrecht zu erhalten, bis Verhältnissen, die von der Staatsanwaltschaft der nächsten Instanz eingetroffen sein würden, welcher das Statutenbuch den Vorfälle sofort telegraphisch gemeldet hatte.

Eine amtliche Depesche stellte die unverzügliche Anfertigung eines Beamtens der genannten Behörde in Aussicht und in der Tat erschien bereits am Nachmittag Assessor in Begleitung des Gerichtsarztes und eines Unterbeamten auf dem Schauplatz der Tat.

„Ist man inzwischen über die Persönlichkeit des Toten Klarheit gelangt?“ war des Assessors erste Frage.

„Nach nicht, Herr Assessor,“ erwiderte der Bürgermeister. „Betrachten Sie nur den Zustand des Körpers; er derselbe geäußert worden, ist die Feststellung ungewiß. Ich hielt es aber nicht für angebracht, vor dem Antritt dementprechender Anordnungen zu verweilen.“

„Sie handelten nur korrekt,“ bezeugte der Assessor seine Zufriedenheit, während er von dem Grunde der Leiche in Begleitung des Gerichtsarztes und des Polizeikommissars zu der Leiche hinaustritt. Nachdem das Protokoll aufgenommen worden, schritt der Arzt zur Untersuchung des Körpers. Vor allen Dingen überprüfte der hinzugezogene Polizeibeamte das mit einem Sand bedeckte Gesicht; er rief erstaunt, als er nun die Blicke des Toten zu unterseiden vermochte:

„Herr Bürgermeister, das ist ja Herr Böllniß.“

„Böllniß, wer ist das?“ fragte der Assessor.

„Der Bräutigam des Fräulein von Webnau, dessen Hochzeit mit der Dame der reichsten Erbin unserer Stadt, demnächst stattfinden sollte,“ meldete der Bürger-

meister, von der Tatsache gleichfalls im höchsten Grade frappiert.

Die Mitteilung des Beamten drang im Au bis hinab zu der versammelten Menge und ging in Ausrufungen der Bewunderung von Ohr zu Ohr.

„Was kann den jungen Mann veranlaßt haben, Sand an sich selbst zu legen?“ erkundigte sich Assessor lächelnd.

„O, so jung ist er nicht mehr, wie Sie sehen; so seine 35 Jahre muß er wohl auf dem Rücken haben. Ich würde wirklich kein Motiv anzugeben. Er soll selber sehr reich sein und eher hätte ich alles andere für möglich gehalten, als diese Entbebung.“

In diesem Augenblicke hand der Gerichtsarzt auf und klüpferte dem Assessor, ihm beiseite nehmend, zu:

„Herr Assessor, es handelt sich in diesem Falle nicht um Selbstmord.“

„Nicht? So ist der Unglückliche abgestürzt?“

„Auch das nicht — er ist ermordet worden!“

„Ermordet!“ rief Ulrich bestürzt. „Sind Sie besser sicher?“

„Vollkommen,“ erwiderte der Arzt. „Kommen Sie mit zur Leiche, ich will Ihnen den Beweis für meine Behauptungen liefern.“

Beide traten zu dem enselkten Körper des von dem Polizeibeamten mit dem Namen Böllniß belegten Mannes.

„Die Lage des Leichnams erschien mir für einen Selbstmörder gleich befremdlich,“ begann der Gerichtsarzt in bestimmtem Tone. „Doch ist ein solcher Umstand nicht hinreichend, um daraus sichere Schlüsse zu ziehen, da man Selbstmörder in allen möglichen Stellungen gefunden hat.“

„Sie sind der Meinung, daß Böllniß von der Höhe des Berges oben herabgestürzt worden ist?“

„Das wohl, aber nicht mehr in lebendem Zustande. Er ist erschossen worden.“

„Woh?“

„Die Kugel ist durch die rechte Brust gegangen und hat auf der Stelle den Tod zur Folge gehabt.“

„Und kann sich der Selbstmörder nicht am Rande der Schlucht erschossen haben, um den Abstieg und dadurch den um so gewisseren Tod herbeizuführen?“

„Das ist nicht möglich. Betrachten Sie das Terrain, Herr Assessor, ob er nun ein freiwilliger oder unfreiwilliger war, kann nur an jener Stelle des Berges gesehen sein, wo die den Rand einsenkenden, mit allerlei Unterholz zu einem förmlichen Dickicht verwachsenen jungen Tannen die Passage gestatten. Und das ist dort, wo sich die Rinde, die einige auf hundert Meter Ausdehnung, befindet. Wenden Sie hin — die Rinde findet sich etwa zehn Meter über jenem ausgebehten Aufschwergel, jeder größeren Gegenstand, welcher durch sie herabfällt oder herabgestürzt wird, muß notwendigerweise durch daselbe aufgehalten werden.“

„An einer anderen Stelle halten Sie die Durchbrechung des Gebüsches nicht für möglich?“

„Nein, und ich kenne das Terrain ganz genau, da ich leidenschaftlicher Mineralog bin und die Schlucht zu unzähligen Malen besucht und erforscht habe. Ein abgestürzter Körper fällt doch in gerader Linie; um dort hin zu gelangen, wo sich der tote befindet, hätte er wenigstens zwei Meter weiter seitwärts herabfallen müssen.“

„Wenn er überhaupt herabgefallen ist — kann er nicht nach dem Schusse so viel Kraft gehabt haben, das Versteck her unten zu suchen, um nicht sofort entdeckt zu werden?“

„Das ist nicht anzunehmen; die meisten Selbstmörder suchen freilich die Einsamkeit, aber wenn das bei dem Toden der Fall gewesen wäre, so hätte er sich vorher dahin begeben, wo er die Katastrophe herbeizuführen gedachte. Eher kann man annehmen, daß nach geschehener Tat die zu späte Reue sich der Unglücklichen bemächtigt und sie nach Hilfe ausspannen läßt. Ganz davon abgesehen, daß nach der Art der Verletzung eine so ungeheure Kraftanstrengung ausgeschloffen erscheinen muß. Die Kugel scheint das Rückenmark getroffen zu haben, es muß also eine augenblickliche Lähmung und Bewußtlosigkeit die Folge gewesen sein.“

„Und wenn er sich nun schon vor der Tat hierher begeben und dieselbe an Ort und Stelle ausgeführt hat?“

„Dem widersprechen die Quetsch- und Sturzverletzungen an seinem Körper. Die Schußwunden und diese Verletzungen beweisen, daß er sowohl einen tödlichen Schuß

erhalten hat als auch von der Höhe des Berges abgestürzt worden ist.“

„Wie erklären Sie sich aber die Auffindung des Leichnams gerade an dieser verborgenen, von oben absolut nicht sichtbaren Stelle? Wie hätte ihn der Mörder hierhergeschaffen bemerkt? Denn auch ihm stand nur die Rinde oben zur Verfügung, folglich konnte auch er ihn nur so herabbesördern, daß er bis zu dem von Ihnen erwähnten Aufschwergel kam. Oder halten Sie es für denkbar, daß der Mörder ihn nach einer ganz anderen, zum Abstieg geeigneteren Stelle transportiert und von unten nach diesem Orte geschleift habe?“

„Dazu würde die Kraft eines Menschen so wenig ausreichen, als es ihm möglich wäre, einen so schweren Gegenstand über die hohe Gebüschhinführung des Bergweges hinwegzuschleppen.“

„Und wenn mehrere beteiligt waren?“

„Auch dann widerspricht der Befund der Verletzungen Ihrer Ansicht. Nein, nein, der Mord ist sicherlich oben auf dem einsamen Wege von L nach G, erfolgt, und dann erst die Leiche unter Benützung der jäh abfallenden Schlucht befördert worden. Von dem Aufschwergel, das den Unglücklichen, wenn er, am Rande der Föhrenwand stehend, den Schutz auf seine Brust abgewandt und sich dann herabgestürzt hätte, aufgehalten haben müßte, führt ein schmaler Streifen freien, von Geröll und vereinzelten Gebüsch bedeckten Raumes fast senkrecht bis zu dem Gebüsch herab, hinter dem der Körper gefunden wurde. Es muß also notwendig jemanden gegeben haben, der den Leichnam bis zu dem Aufschwergel beförderte und dann um daselbe herum den Abhang vollends hinabwarf.“

„Ja, ja, erklärte tieffinnig der Assessor.“

„Also hat sich der Mörder — oder vielleicht sind es mehrere gewesen — trotz der Steilheit des Abhanges einige Schritte heruntergewagt und die Leiche nach sich gezogen. Von dem Aufschwergel aus, an dem er Halt fand, hat er sie dann weiter geschoben, um sie auf diese Weise an einen Ort zu befördern, wo sie sich den Augen der Passanten verborg.“

„Aber er selbst riskierte seinen Hals dabei,“ warf der Assessor ein.

Der Gerichtsarzt zuckte die Achseln.

(Fortsetzung folgt.)

Die Bezirkstagswahlen in Lothringen.

Bei der am Sonntag stattgefundenen Bezirkstagswahl in Metz erhielten von 1668 abgegebenen Stimmen Maurice (Blod) 685, Konrad (Merilal) 643, Schleich (Sog. Dem.) 462, Roitmann (Sog. Dem.) 62 Stimmen. Es kam somit keine Mehrheit zustande. Am Sonntag findet Nachwahl statt.

Bei der Bezirkstagswahl in Saargemünd erhielten: Sanitätsrat Schäffer (Blod) 1961 Stimmen, Kaufmann Jeanty (unabhängiger Lothringer) 1899, Fabrikant Hody (Sog. Dem.) 1135 Stimmen. Eine Nachwahl ist erforderlich.

Die bayerischen Landtagswahlen.

Folgende Zusammenstellung veröffentlicht die Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Bureaus: Es waren im Königreich wahlberechtigt 1 068 891 Personen = 17,0 Prozent der Bevölkerung (bei der Reichstagswahl 1907: 1 440 956 = 22,1 Prozent). Im ganzen Königreich trifft ein Abgeordneter auf 6790 Wahlberechtigte. Von ihrem Wahlrecht machten Gebrauch 806 650 Wahlberechtigte oder 72,9 Prozent. Auf das Zentrum fielen 854 900 Stimmen, d. i. 44,19 Proz., Liberale 191 965, d. i. 23,90 Prozent, Bund der Landwirte und Bauernbund 84 894, d. i. 10,51 Proz., Konfessionale 18 831, d. i. 2,38 Prozent, Demokraten 1087, d. i. 0,13 Prozent, Sozialdemokraten 142 084, d. i. 17,69 Prozent, sonstige und parteilose 6679, d. i. 0,88 Prozent, zerplittert 1724, d. i. 0,21 Prozent.

Bei den Landtagswahlen im Jahre 1906 trafen auf Zentrum 43,6 Proz., Liberale 25,7 Proz., Bund der Landwirte und Bauernbund 8,8 Proz., Konfessionale 1,1 Proz., Volkspartei (Demokraten) 0,8 Proz., Sozialdemokraten 18,1 Prozent, sonstige Parteien und Vereinigungen 0,5 Prozent, zerplittert 1,6 Prozent.

Ein preussisches Kontraktbruchgesetz in Sicht.

Wie der Vorwärts aus Ostpreußen berichtet, hat der Landrat des Kreises Labiau eine amtliche Verfügung an die landlichen Polizeibehörden erlassen. Gegen kontraktbrüchige Landarbeiter, auch wenn es ausländische Arbeiter sind, soll härter als bisher vorgegangen werden. In der Verfügung kommt folgender Passus vor: Bestrafung der Arbeitgeber, welche Kontraktbrüchige in Arbeit nehmen und Zwangsmaßnahmen gegen solche Arbeitgeber sind nach dem Stande der heutigen Gesetzgebung nicht mehr zulässig. In der Verfügung wird die Höhe von Anzeigegeld bei Verletzung der Vertragsbedingungen festgesetzt, das er die Grundlage sonstiger amtlicher Entscheidungen bilden kann.

Hiernach scheint es, daß man Material zu einem neuen Kontraktbruchgesetz sammelt.

Husland.

Rußland.

Eine blutige Statistik. Die Russische Korrespondenz: Im Verlauf von zwei Monaten seit Auflösung der zweiten Duma (vom 3./16. Juni bis zum 2./15. August) sind in verschiedenen Städten des Reiches, nach Zeitungberichten, von den Kriegsgesetzten 83 Todesurteile gefällt worden, von denen 35 bereits vollstreckt wurden. Im gleichen Zeitraum wurden bei Zusammenstößen mit Revolutionären 319 Personen getötet; von diesen waren 82 Privatpersonen und 37 Beamte. Verletzt wurden bei den Zusammenstößen 245 Personen, 71 Beamte und 174 Privatpersonen. Mäuserische und bewaffnete Überfälle ereigneten sich in dieser Zeit 174. Die Gesamtsumme des geraubten Geldes übersteigt eine Million Rubel, die großen Expropriationen auf den Dampfern und in Tiflis inbegriffen. Nach denselben Berichten wurden in 63 Fällen Bomben, Explosivgegenstände und Waffenlager entdeckt und in 11 Fällen illegale Druckereien. Viele Redakteure mußten flüchten, 29 550 Rubel. Viele Redakteure mußten flüchten, andere wurden wegen Nichtentrichtung von Strafgebühren ins Gefängnis gesperrt.

Hausindustrie und Heimarbeit in Baden.

Nach dem gleichnamigen Werke der bad. Fabrikinspektion. Die badische Textilindustrie. XVIIc.

Es wird mit Recht die Frage aufgeworfen, ob die niedrigen Arbeitslöhne in der Lage des Seidenbandmarktes ihre Erklärung finden? Zumal beim elektrischen Antrieb der geringere Muskelverbrauch durch die stärkere geistige Anstrengung aufgewogen wird. Die gestellte Frage wird von Herrn C. und hingewiesen auf die deutsche Seidenbandindustrie im bayerischen Lande, wo ebenfalls elektrischer Antrieb für die Stühle benutzt wird. Dort wird bei 11 stündiger Arbeitszeit ein Stundenlohn von 46 Pf. erreicht; dazu Maximalarbeitszeit und Mindestlohn. In Hohenwald ist höchster Stundenver-

Im Neger-Zuchthaus zu Kingston.

Von Karl Vötischer.

Wo bin ich! ... Welche Umgebung! Welche Einbrüche! O, mein Gott!

Genaus aus der verheerenden menschlichen Gesellschaft, welche jetzt jenseits hoher, kahler Mauern, jenseits eisener Tore mit unheimlich starken Schloßern weit hinter mir liegt ...

Ich bin im Neger-Zuchthaus zu Kingston. — Die grüne Berggipfelsteine Venezuelas ist verschwunden. Von Sonnenglut, spanischer Felleerei, Geziefer und Stid. Luft habe ich mich auf dreißigstündiger Meerfahrt erholt. Nun stellt sich in Morgenpracht das rum-berühmte Jamaika mit seiner Hauptstadt Kingston vor.

Große, schwarze, dreißigköpfige, krausköpfige Galunten lugen am Gassen herum — die schäbige Negersorte, welche mir bisher in ganz Westindien so Gesicht gekommen.

„Wollen Sie von dieser Qualität noch den Auswurf sehen, dann gehen Sie nach unserm Neger-Zuchthaus!“ sagt mir ein Kingstoner Negerknecht.

Ein Neger-Zuchthaus! ...

Nach einer Stunde habe ich verschiedene Besuche erliebt, allerhand Formalitäten erfüllt, werden mir festverschlossene Tore geöffnet, stehe ich mit dem alten silberhaarigen Zuchthausdirektor Mr. Douglas oben auf der breiten, luftigen Terrasse des Verwaltungsgebäudes.

Ein seltsamer Anblick! ... Dort, über hohen Mauern mächtige Palmenbüsche, dahinter der blaue glänzende Spiegel des Meeres; hier, unten auf dem großen Hof einige Hundert Sträflinge, aufgestellt in Reihe und Glied und bereit zum Abmarsch nach den Arbeitsplätzen.

Alle sind gleich uniformiert: kurze, bis an die Knie reichende graue Leinwandhose und graue Leinwandjacke — beide Kleidungsstücke mit großen, weißlich-schwarzen Flecken und Buchstaben bedeckt wie eine Melanefaula.

Was diese Schreiberlei bedeutet? ... Ich fasse die

dienst 17 Pf. Nachfolgende Biffen sind wert, gegeneinander gestellt zu werden:

Für 150 Meter Seidenband werden gezahlt:

Muster	Auf dem Hohenwald	Im Vergilchen	Mehr im Vergilchen
I.	8,56 Mk.	13,85 Mk.	60,6 Proz.
II.	6,44	8,58	88,0
III.	4,57	7,72	68,9
IV.	1,84	4,19	127,8
V.	7,56	11,85	56,7
VI.	8,72	15,84	65,6
VII.	0,84	0,99	54,6
VIII.	0,56	0,99	76,8
IX.	0,76	0,99	80,2
X.	0,80	1,16	93,3

Welches sind nun die Ursachen dieser großen Differenzen in den Lohnverhältnissen? Beste Organisation der Arbeiter und Unternehmer im Vergilchen, Organisationslosigkeit der Hohenwälder Weber, Willkürregiment der badischen Fabrikanten. Die weit von einander liegenden Weberhöfen und der Umstand, daß viele Weber noch etwas Landwirtschaft betreiben, spielt bei der Gründung dieser Unterschiede natürlich keine kleine Rolle. Was die farge Furche nicht bringt, muß der Weibfuß schaffen. Weibes zusammen trägt nicht viel, knapp des Lebens Notdurft auf der eigenen Scholle, die dem bäuerlichen Weber eine Bodenrente verleiht, ihm lediglich Arbeitsgelegenheit bietet, eine Werkstätte unter freiem Himmel.

Also bleibt nur noch übrig: die Organisation. Die bisherigen Versuche, die Hohenwälder Weber für einen Zusammenschluß zu gewinnen, sind ergebnislos verlaufen, sagt die Fabrikinspektion. Die schon erwähnte bergische Lohnliste hat ihn zwar zum Vergilchen gereizt, vermochte aber nicht, den Hohenwälder aus seiner Beharrigkeit aufzurütteln. Es darf auch nicht unerwähnt bleiben der maßlose Terrorismus der Fabrikanten. Machen die Weber Versuche, ihre Lage zu verbessern, erklären die Unternehmer: Wir ziehen die Stühle zurück! Man will unter allen Umständen ein Eindringen in die Lohnverhältnisse „ihrer“ Arbeiter verhindern. Auf die Dauer wird das nicht gelingen, zumal schon Organisationsbestrebungen von Vörsach aus im Gange sind.

Hus der Partei.

Durch. In einer am letzten Samstag einberufenen außerordentlichen Mitgliederversammlung des Sozialvereins, die sehr gut besucht war, erstattete Gen. Landtagsabgeordneter Wollwagen einen ausführlichen Bericht über den internationalen Kongreß in Stuttgart. Genosse Wollwagen, der zum Besuche hierher kam, hatte sich in entgegenkommender Weise dazu bereit erklärt. Der Referent behandelte die einzelnen Punkte, die den Kongreß beschäftigten, eingehend in der objektivsten und sachlichsten Weise. Hohe Anerkennung sollte der Stuttgarter Genossen, die mit großem organisatorischem Geschick die Vorbereitungen und Veranstaltungen getroffen hätten. Das Massenmeeting auf dem Cannstatter Volksfestplatz sei wohl eine einzig dastehende Demonstration gewesen. In der Behandlung der einzelnen Fragen, wie das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Partei, Ein- und Auswanderung, Militarismus und internationale Konflikte, Kolonialpolitik, habe der Kongreß auf einer Höhe gestanden, wie kaum einer seiner Vorgänger, doch sei seiner persönlichen Ansicht nach das Verhalten der deutschen Delegation in der Frage der Kolonialpolitik keineswegs einwandfrei gewesen. Weder hält unser heutiger Standpunkt gegenüber der Kolonialfrage für unzulänglich, es müsse ein Kolonialprogramm geschaffen werden. — In die sehr heftig aufgenommenen Ausführungen des Genossen Wollwagen schloß sich eine kurze, aber interessante Diskussion an.

Wilhelm Schmidt's Bestattung. Die am Sonntag Vormittag in Frankfurt a. M. stattgehabte Beerdigung unseres früheren Reichstagsabgeordneten Wilhelm Schmidt gestaltete sich zu einer großartigen Kundgebung für den Verstorbenen und für die von ihm vertretenen politischen Grundsätze. Die Zahl der Zugteilnehmer wurde zwischen 20. und 80 000 geschätzt. Nachdem von dem Frankfurter Arbeiterkongreß ein würdevoll vorgetragen Lied „Ein Sohn des Volkes“, widmete Reichstagsabgeordneter Brühne dem Kämpfer und Freunde einen warm empfundenen Nachruf und legte namens der sozialdemokratischen Partei einen prächtigen Kranz auf das Grab nieder. Weitere Kränze spendeten nach vorausgegangenem kurzen Ansprechen u. a. namens der Reichstagsfraktion Reichstagsabgeordneter Dr. Frankl, namens der Redaktion der Frankfurter Volksstimme Dr. Quard, namens der Verwaltung Genosse Raier. Mit einem stimmungsvollen Chor der Arbeiterfänger schloß die erhebende Leichenfeier für den, der in der Tat ein echter „Sohn des Volkes“ war.

Im Neger-Zuchthaus zu Kingston.

Von Karl Vötischer.

Wo bin ich! ... Welche Umgebung! Welche Einbrüche! O, mein Gott!

Genaus aus der verheerenden menschlichen Gesellschaft, welche jetzt jenseits hoher, kahler Mauern, jenseits eisener Tore mit unheimlich starken Schloßern weit hinter mir liegt ...

Ich bin im Neger-Zuchthaus zu Kingston. — Die grüne Berggipfelsteine Venezuelas ist verschwunden. Von Sonnenglut, spanischer Felleerei, Geziefer und Stid. Luft habe ich mich auf dreißigstündiger Meerfahrt erholt. Nun stellt sich in Morgenpracht das rum-berühmte Jamaika mit seiner Hauptstadt Kingston vor.

Große, schwarze, dreißigköpfige, krausköpfige Galunten lugen am Gassen herum — die schäbige Negersorte, welche mir bisher in ganz Westindien so Gesicht gekommen.

„Wollen Sie von dieser Qualität noch den Auswurf sehen, dann gehen Sie nach unserm Neger-Zuchthaus!“ sagt mir ein Kingstoner Negerknecht.

Ein Neger-Zuchthaus! ...

Nach einer Stunde habe ich verschiedene Besuche erliebt, allerhand Formalitäten erfüllt, werden mir festverschlossene Tore geöffnet, stehe ich mit dem alten silberhaarigen Zuchthausdirektor Mr. Douglas oben auf der breiten, luftigen Terrasse des Verwaltungsgebäudes.

Ein seltsamer Anblick! ... Dort, über hohen Mauern mächtige Palmenbüsche, dahinter der blaue glänzende Spiegel des Meeres; hier, unten auf dem großen Hof einige Hundert Sträflinge, aufgestellt in Reihe und Glied und bereit zum Abmarsch nach den Arbeitsplätzen.

Alle sind gleich uniformiert: kurze, bis an die Knie reichende graue Leinwandhose und graue Leinwandjacke — beide Kleidungsstücke mit großen, weißlich-schwarzen Flecken und Buchstaben bedeckt wie eine Melanefaula.

Was diese Schreiberlei bedeutet? ... Ich fasse die

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Nürnberg, 26. Aug. Vor einigen Tagen erschienen die Arbeiter auf dem Bureau der hiesigen Papierfabrik, deren Inhaber ein vielfacher Millionär ist, und erklärten, daß der Lohn von 26 Pf. pro Stunde bei so teuren Lebensmitteln und so schwerer Arbeit zu nieder sei; sie baten um Aufbesserung. Der frühere Buchhalter, jetziger Geschäftsführer Raubel, konnte seine Weisheit nicht besser offerieren, als daß er die Arbeiter mit den Worten abwieles: „Nebenher schließe ich die Bude zu, ehe ich noch einen Pfennig aufbessere. 26 Pf., das ist ein schöner Lohn.“ Selbst der Steuerkommissar, welcher in letzter Zeit das Ab- und Aufschreiben verrichtete, hatte sich beinahe auf den Kopf gestellt, als die Arbeiter der Papierfabrik ein Formular vom Kontor überreichten, mit einem Jahresverdienst von 700 Mk. und noch weniger. Nun möchten wir Herrn Raubel empfehlen, er möchte, wenn er die Fähigkeit dazu hat, die Rechnung aufstellen, auf welche Art und Weise man mit 2,80 Mk. pro Tag auskommen kann. Wenn nicht, so möchte Herr Raubel das Los mit den Arbeitern teilen und selbst den Nutzen mit dem schweren Stoff auf den Rücken nehmen und so einige Wochen für 2,00 Mk. im Tag den Stoff die Stiegen hinaustragen. Wir glauben, Herr Raubel wäre der erste, welcher auf das Kontor ginge und Aufbesserung verlangen würde; aber welches Gesicht würde er machen, wenn es ihm ginge, wie den Arbeitern. Wir möchten Herrn Raubel raten, andere Seiten aufzuziehen, ehe sie reifen. Auch Herr Kommissar Dr. Geiß möchten wir raten, doch den Wünschen der Arbeiter mehr Rechnung zu tragen, denn die Arbeiter haben sich doch nicht schlecht gestellt bei seinem Einzug. — Den Arbeitern, welche noch der Organisation fernstehen, möchten wir zurufen: Tretet ein in die Organisation, damit ihr eine bessere Existenz erringen könnt.

Soziale Rundschau.

Interessante Gerichtsentscheidung. Eine nicht alltägliche Entscheidung fällt das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Nürnberg. Die Witwe eines Nürnberger Bauarbeiters behauptete, als ihr Mann bei der vorjährigen Bauarbeiterausperrung als Streikbrecher zur Arbeit ging, sei er auf dem Wege von Streikposten mißhandelt worden. Die Aufregung hierüber habe den Tod des schon kranken Mannes verursacht. Die Vergekommenen Tatsächlichkeiten hierüber nicht feststellen. Ein Verweis für die angebliche Mißhandlung ist ebenfalls nicht erbracht. Außerdem, führte der Vertreter der Bauarbeiterberufsgenossenschaft an, sei bisher ein Unfall auf dem Wege zur Arbeitsstätte nicht als Betriebsunfall angesehen und alle diesbezüglichen Rentenansprüche abgelehnt worden. Das Gericht sprach der Witwe die Rente zu mit der Begründung, die Mißhandlung eines Streikbrechers auf dem Wege zur Arbeit müsse als Betriebsunfall angesehen werden.

Anträge zum Parteitag in Essen.

1. Nürnberg, Kiel und Breslau: Auf die Tagesordnung zu setzen: Das Wahlrecht in den Einzelstaaten.
2. Parteigenossen des fünften schleswig-holsteinischen Wahlkreises, Nürnberg, Rrech, Straßburg, Bahn bei Pflungstadt, Steint, Erfurt, Bremen, Rangerfeld, Kpenrade, abfinkene Genossen in Eiderfeld, Barmin, 21 Genossen Berlin II, drei Genossen Berlin V, acht Genossen in Schöneberg: Zu Punkt 7 der Tagesordnung einen zweiten Berichterstatter zu bestellen und hierzu einen Vertreter der Abstimmungsabteilung zu nehmen.
3. Weisense: Zwecks besserer Bildung der Landarbeiter allmonatlich eine Agitationschrift zur Gratisverteilung auf dem Lande herauszugeben.
4. Rendsburg: Ueber die Agrarfrage im allgemeinen ist in den breiten Schichten der Arbeiterbevölkerung mehr Aufklärung durch Verbreitung von Flugchriften usw. zu schaffen, als dieses bisher geschehen ist.
5. A. m. b. g.: Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, wie die Agitation auf dem Lande besser zu betreiben ist wie bisher, eventuell die Beschaffung einer billigen Presse zu betheiligen.
6. Düsseldorf: Den Parteitagorganisationen im Lande dringend empfehlen, der Organisation der Landarbeiter und Landarbeiterinnen mehr Aufmerksamkeit als wie bisher zu widmen.
7. Frankfurt a. M.: Der Parteitag möge dafür Sorge tragen, daß die Parteiliteratur zu einem solchen Preise vertrieben wird, daß sie ein wirksames Mittel gegen die Schundliteratur darstellt.
8. Teltow, Weesow, Charlottenburg:

Das Parteiprogramm den Parteigenossen zur Kenntnis in unbeschränkter Anzahl unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

9. W. e. l. t. e. n.: Eine besondere antimilitaristische Propaganda ist systematisch zu entfalten. Zu diesem Zweck ist ein ständiger Ausschuss einzusetzen.

10. O. t. t. w. e. i. l. e. r. - S. i. B. e. n. d. e. l.: 1. Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, ein Flugblatt auszugeben, welches die Wahlnominierungen der hiesigen Parteien kennzeichnet, sowie die „Arbeiterbewegung“ Tätigkeit der Wdpartei im deutschen Reichstagsausrechte stellt. Dieses Flugblatt ist in einer Nachauflage über ganz Deutschland zu verbreiten.

2. Die Kreisvereine, in denen es an rednerischen Kräften mangelt, durch hervorragende Redner zu unterstützen.

3. Zur planmäßigen Agitation im Saarrevier ist ein Parteisekretär anzustellen, welcher vom Parteivorstand beauftragt wird.

11. Berlin IV: Alle im Reichstagswahltagigen Parteien über Lebensmittelpreise und Kulturfragen in Broschürenform zu drucken und auf dem platten Lande zu verbreiten, damit der Landbevölkerung klar gemacht wird, welche Partei ihre Interessen vertritt.

12. 10. s. a. c. h. s. i. s. i. c. h.: Den Parteivorstand zu ersuchen, nach jeder Reichstagsession ein Flugblatt herauszugeben, das die wichtigsten Anträge und Beschlüsse des Reichstages enthält und die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion in kritischer Behandlung den Anträgen und Beschlüssen gegenüber erläutern.

13. Genosse Brühl in Rehbach bei Würzburg: Es soll eine Prämie ausgesetzt werden für die Ausarbeitung einer Schrift. Dieselbe soll das enthalten, was jeder im Volk über die Sozialdemokratie wissen soll. Sie soll vollständig geschrieben und nicht zu umfangreich sein. Sie soll auf Kosten der Partei in einer Auflage von zwölf Millionen hergestellt und im Volke verteilt werden.

14. Berlin II: In Verfolg des Beschlusses des Parteivorstandes in bezug auf die Stellung der Partei den lokalen Gewerkschaften gegenüber einen entsprechenden Beschluß des Effener Parteitagbeschlusses herbeizuführen.

15. Berlin IV: In Erwägung, daß die zunehmende Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe und in Verbindung damit die wachsende Ausbreitung der Unternehmensorganisationen die Erstarkung der Gewerkschaftsorganisationen zur Notwendigkeit macht:

in weiterer Erwägung, daß unter dieser Voraussetzung für die Parteigenossen nur eine einzige Organisation ihres Berufes in Frage kommen kann und jede Sonderbindelei nur zum Schaden der gewerkschaftlichen Kämpfe gereicht, erwartet die Generalversammlung den Parteitag, daß derselbe klipp und klar den Gedanken der Notwendigkeit einer einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation zum Ausdruck bringt und den Appell an die lokalen organisierten Gewerkschaftsorganisationen richtet, sich den Zentralverbänden anzuschließen.

16. Teltow, Weesow, Charlottenburg: Die im Auftrage des vorjährigen Parteitagbeschlusses dem Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Herbeiführung des Zusammenschlusses der lokalen und zentralorganisierten Gewerkschaften betrachten der Parteitag noch nicht für abgeschlossen; der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen.

17. Sachsen-Altenburg: Erwartet vom Parteivorstand, daß er bis zum Effener Parteitag völlige Klarheit darüber schafft, ob die Lokalisten noch länger der Partei angehören können.

Die Lokalisten entfallen nun auch in der Provinz bei der Arbeiterfrage so sehr schwebende Treiben und gründen zum Gaudium unserer Gegner ihre „Kollektiven Zentralorganisationen“, die unter heutigen Verhältnissen innerhalb der Arbeiterschaft doch nur Jank und Stroh herbeizurufen geeignet sind.

Viele Mitglieder der lokalistischen Vereine haben seit dem Mannheimer Parteitag und insbesondere während der letzten Reichstagswahl eine solche parteiübergreifende Tätigkeit entfaltet, daß man das als offenen Verrat an der Arbeiterschaft ansehen muß. Diefem Treiben muß schon deshalb ein Ende gemacht werden, weil die Führer der Lokalisten dahinter stehen und die Partei jetzt genau so wie selber die Gewerkschaften auseinander zu trennen beabsichtigen.

Die Altenburger Parteioorganisationen verlangen deshalb vom Parteivorstand und dem Effener Parteitag ein klare und endgültige Entscheidung in dieser Streitfrage.

18. Berlin IV: Der Verlag und die Parteiliteratur werden verpflichtet, mehr als bisher eine umfangreiche Propaganda für die „Neue Zeit“ zu betreiben.

* Anmerkungen: Die im Auftrage des vorjährigen Parteitagbeschlusses dem Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Herbeiführung des Zusammenschlusses der lokalen und zentralorganisierten Gewerkschaften betrachten der Parteitag noch nicht für abgeschlossen; der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen.

Die im Auftrage des vorjährigen Parteitagbeschlusses dem Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Herbeiführung des Zusammenschlusses der lokalen und zentralorganisierten Gewerkschaften betrachten der Parteitag noch nicht für abgeschlossen; der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen.

Die im Auftrage des vorjährigen Parteitagbeschlusses dem Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Herbeiführung des Zusammenschlusses der lokalen und zentralorganisierten Gewerkschaften betrachten der Parteitag noch nicht für abgeschlossen; der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen.

Die im Auftrage des vorjährigen Parteitagbeschlusses dem Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Herbeiführung des Zusammenschlusses der lokalen und zentralorganisierten Gewerkschaften betrachten der Parteitag noch nicht für abgeschlossen; der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen.

Die im Auftrage des vorjährigen Parteitagbeschlusses dem Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Herbeiführung des Zusammenschlusses der lokalen und zentralorganisierten Gewerkschaften betrachten der Parteitag noch nicht für abgeschlossen; der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen.

Die im Auftrage des vorjährigen Parteitagbeschlusses dem Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Herbeiführung des Zusammenschlusses der lokalen und zentralorganisierten Gewerkschaften betrachten der Parteitag noch nicht für abgeschlossen; der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen.

Die im Auftrage des vorjährigen Parteitagbeschlusses dem Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Herbeiführung des Zusammenschlusses der lokalen und zentralorganisierten Gewerkschaften betrachten der Parteitag noch nicht für abgeschlossen; der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen.

Die im Auftrage des vorjährigen Parteitagbeschlusses dem Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Herbeiführung des Zusammenschlusses der lokalen und zentralorganisierten Gewerkschaften betrachten der Parteitag noch nicht für abgeschlossen; der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen.

Die im Auftrage des vorjährigen Parteitagbeschlusses dem Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Herbeiführung des Zusammenschlusses der lokalen und zentralorganisierten Gewerkschaften betrachten der Parteitag noch nicht für abgeschlossen; der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen.

Die im Auftrage des vorjährigen Parteitagbeschlusses dem Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Herbeiführung des Zusammenschlusses der lokalen und zentralorganisierten Gewerkschaften betrachten der Parteitag noch nicht für abgeschlossen; der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen.

Die im Auftrage des vorjährigen Parteitagbeschlusses dem Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Herbeiführung des Zusammenschlusses der lokalen und zentralorganisierten Gewerkschaften betrachten der Parteitag noch nicht für abgeschlossen; der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen.

Die im Auftrage des vorjährigen Parteitagbeschlusses dem Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Herbeiführung des Zusammenschlusses der lokalen und zentralorganisierten Gewerkschaften betrachten der Parteitag noch nicht für abgeschlossen; der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen.

Die im Auftrage des vorjährigen Parteitagbeschlusses dem Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Herbeiführung des Zusammenschlusses der lokalen und zentralorganisierten Gewerkschaften betrachten der Parteitag noch nicht für abgeschlossen; der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen.

Die im Auftrage des vorjährigen Parteitagbeschlusses dem Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Herbeiführung des Zusammenschlusses der lokalen und zentralorganisierten Gewerkschaften betrachten der Parteitag noch nicht für abgeschlossen; der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen.

Die im Auftrage des vorjährigen Parteitagbeschlusses dem Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Herbeiführung des Zusammenschlusses der lokalen und zentralorganisierten Gewerkschaften betrachten der Parteitag noch nicht für abgeschlossen; der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen.

Die im Auftrage des vorjährigen Parteitagbeschlusses dem Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Herbeiführung des Zusammenschlusses der lokalen und zentralorganisierten Gewerkschaften betrachten der Parteitag noch nicht für abgeschlossen; der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen.

Die im Auftrage des vorjährigen Parteitagbeschlusses dem Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Herbeiführung des Zusammenschlusses der lokalen und zentralorganisierten Gewerkschaften betrachten der Parteitag noch nicht für abgeschlossen; der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen.

Die im Auftrage des vorjährigen Parteitagbeschlusses dem Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Herbeiführung des Zusammenschlusses der lokalen und zentralorganisierten Gewerkschaften betrachten der Parteitag noch nicht für abgeschlossen; der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen.

Die im Auftrage des vorjährigen Parteitagbeschlusses dem Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Herbeiführung des Zusammenschlusses der lokalen und zentralorganisierten Gewerkschaften betrachten der Parteitag noch nicht für abgeschlossen; der Parteivorstand wird beauftragt, die Einigungsverhandlungen fortzusetzen.

Geirich

schon

